



**Karl-Heinz Panteleit**

**VOLKS- UND  
VERFASSUNGSFEINDE**

## **WEITERE AFP-INFORMATIONSHEFTE:**

- Sammelband: 10 JAHRE KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN  
Dr. Rose Eller: VOM SINNGEHALT DES MÄRCHENS  
Elena Sanz-Orrio: BASKENLAND UND FREIHEIT  
Dr. Rose Eller: 800 JAHRE STEIERMARK  
Hermann Lehmann: AUSLÄNDERSTOP  
Dr. Rose Eller: DIE SCHLACHT AM Kahlenberg 1683  
Sammelband: 20 JAHRE KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN  
Wolfgang Strauss: IST EIN ZWEITER 17. JUNI MÖGLICH?  
DDr. Thor v. Waldstein: DER KRANKE MANN AM RHEIN  
Konrad Windisch: REVOLUTION DER SATTEN  
Alain de Benoist: DIE DEUTSCHE FRAGE AUS FRANZÖSISCHER SICHT  
Herminio Redondo: RÜCKBLICK IN DIE ZUKUNFT  
Sammelband: 25 JAHRE KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN  
Brigitte Wehner: EMANZIPATION – DIE BEFREIUNG DER FRAU VON SICH SELBST  
DDr. Thor v. Waldstein: DER DEUTSCHE GEIST UND DAS ELENDE DES KAPITALISMUS  
Abg. Ilse Hans: KRITISCHE FRAGEN ZUM UMWELTSCHUTZ  
Konrad Windisch: METTERNICHS ERBEN  
Kristi Karelsohn: ESTLAND – EIN VOLK KEHRT ZURÜCK  
Sammelband: 30 JAHRE KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN  
Peter Rosegger: STEIRISCHE GEBIRGSBAUERNHÄUSER  
Herminio Redondo: DIE DRITTE REPUBLIK  
Autorengemeinschaft: VOM GRÜNEN UND VOM ROTEN TERROR  
Konrad Windisch: DIE HETZE GEGEN FREIE KÜNSTLER  
DI Mag. Min.-Rat Günther Rehak: WÄNDLUNGEN DES ANTIFASCHISMUS  
Josef Weinheber: VIER UNTERDRÜCKTE GEDICHTE  
Brigadier Walther Groß: WAHRHEIT SCHAFFT FRIEDEN  
Konrad Windisch: NATIONAL 2000  
Urbain Decat: SOZIALISMUS UND NATION  
Richard Melisch: KRISENGEBIET NAHOST – Rückblick und Ausblick  
LICHT WIRD WIEDER WERDEN. Der Prozeß gegen Konrad Windisch  
Dr. Herbert Fritz: WAS GEHEN UNS DIE KURDEN AN?  
Horst Mück: DIE TSCHECHOSLOWAKEI 1939-1945  
Anton Wildgans: REDE ÜBER ÖSTERREICH  
ÖSTERREICHS DEUTSCHES BEKENNTNIS. Von der Babenbergerzeit bis zur Gegenwart  
Dr. Herbert Schaller: DIE STRAFRECHTLICHE SEITE DES HOLOCAUST-PROBLEMS  
Dr. Johann Janiczek: LIEDER UND LEBEN DES HANS BAUMANN  
DDr. Thor v. Waldstein: DIE ZEHN TODSÜNDEN DES REAL EXISTIERENDEN LIBERALISMUS  
Dr. Johann Janiczek: DR.FRITZ STÜBER – POET UND POLITIKER 1903 – 1978  
Richard Melisch: ARABER UND ISLAM – FREUND ODER FEIND?  
DIE VERTEIDIGUNGS- UND ABSCHIEDSREDE DES SOKRATES  
Dr. Johann Janiczek: HOFFMANN V. FALLERSLEBEN - EIN DEUTSCHER DICHTER  
UND REVOLUTIONÄR  
Gerhart Schwab: EINWANDERUNG ALS PROGRAMM  
Josef Weinheber: DEN GEFALLENEN.  
Dr. Johann Janiczek: DIE DEUTSCHE JUGENDBEWEGUNG UND DER  
ÖSTERREICHISCHE WANDERVOGEL  
Autorengemeinschaft: ES WAR NICHT „UMSIEDLUNG“! ES WAR MORD!  
Richard Melisch: AUFBRUCH IN DER ARABISCHEN WELT  
Autorengemeinschaft: EU = EUROPAS UNGLÜCK  
WORTE DES ABSCHIEDS. Zusammengestellt von Konrad Windisch  
Dr. Johann Janiczek: DER VERTRAG VON TAUROGGEN. Der Beginn von Napoleons Ende  
DER ROTE GESINNUNGSTERROR. Ein Tatsachenbericht aus Tirol  
Richard Melisch: AMERIKAS ABSTURZ IN DIE BEDEUTUNGSLOSIGKEIT

# **VOLKS- UND VERFASSUNGSFEINDE**

## **ZUR PERSON**

**Jahrgang 1939. Vater 1943 an der Ostfront gefallen, im selben Jahr in Berlin ausgebombt. Abgeschlossene mittlere Reife und Lehre bei der Berufunfallversicherung. 1960 wegen Mitgliedschaft in einer volkstreuen Jugendgruppe fristlos entlassen. Anklage endete nach Jahren mit Freispruch. Sachbearbeiter in Nachlaß- und Verlassenschaftssachen. Daneben weiterhin in der nationalen Jugendbewegung und der nationalen Opposition aktiv. Verheiratet, ein Sohn.**

# VOLKS- UND VERFASSUNGSFEINDE

## Grundgesetz Artikel 116, Abs. 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

## Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.5.1953 zum Artikel 116 GG

„Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung und Kultur bestätigt wird.“

## Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.10.1987

„Die im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes enthaltene Wahrungspflicht gebietet es, die Einheit des deutschen Volkes zukunftsgerichtet auf Dauer zu bewahren. Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die Verfassungsgemäße Pflicht, die bisherige Identität des deutschen Volkes zu erhalten.“

Gegen die in diesen Urteilen festgeschriebenen Grundsätze wird in der Bundesrepublik Deutschland durch die verantwortlich Handelnden fortwährend verstoßen. Die gegenwärtig stattfindende Invasion von Zivilokkupanten – im Jahr 2015 1,2 Millionen, davon zwei Drittel Männer, bei den 18-35jährigen sogar drei Viertel – stellen sie wie ein unabwendbares Naturereignis dar, das man bewältigen muß und, wie die Bundeskanzlerin sagt, auch kann. Aus Äußerungen wie „Sie kommen um zu bleiben“ des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, **Stephan Weil** (SPD), bereits am Tag der Einheit 2014 unter dem Motto „Vereint in Vielfalt“ und vielen Anderen, sowie der immer wieder erklärten Absicht der „Integration“ wird deutlich, daß es um nicht weniger als die Verdünnung und endliche Auslöschung unseres Volkes in einem multikulturellen Völkerbrei geht.

Der Begriff „Volk“ ist schon längst erst gegen „Bevölkerung“ dann gegen „Gesellschaft“ ausgetauscht worden! Symbol dafür ist der im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes installierte Betontrog mit der Inschrift „Der Bevölkerung“ als Antithese zur Giebelwidmung „Dem Deutschen Volke“.

Das alles entspricht den Vorgaben deutsch- und damit auch europafeindlicher Kräfte, die eine volksferne, gegen die Interessen des eigenen Volkes handelnde Politikerkaste willfährig umsetzt. Dieses Handeln entspringt einem

aus Schuldneurosen entwickelten Haß gegen das eigene Volk, hervorgerufen durch die von den alliierten Siegermächten durchgeführte Reeducation = Umerziehung unseres Volkes, „bis daß die Deutschen nicht mehr wissen was sie tun“. (Zitat nach Prof. Dr. Friedrich Grimm aus seinem Buch „Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit“, 1953). Nach dem Psychiater Prof. Dr. Emil Kräpelin werden durch Gehirnwäsche hervorgerufene Wahnideen „Induziertes Irresein“ genannt. Nur damit ist zu erklären, was sich heute in Deutschland abspielt.

Die herrschende Politik beruft sich zu der mit rattenhaftem Eifer angestrebten Integration von Millionen Fremden heuchlerisch auf fehlenden Nachwuchs, Überalterung und unbewiesenen Fachkräftemangel. --- Hunderttausende gut ausgebildete Deutsche wandern aus (Ärzte!), weil sie woanders bessere Bezahlung erhalten! --- Die zwingende Frage, wer für seit Jahrzehnten fehlende Familienpolitik und verfehlt Bildungspolitik verantwortlich ist, wird nicht gestellt!

Schon für Kanzler Adenauer war Familienpolitik kein Thema. Bekannt ist sein Ausspruch „Kinder kriegen die Leute von selbst“. Für Kanzler Schröder war geforderte Familienpolitik „Gedöns“.

Das nach der Liberalisierung des Abtreibungsrechts im Jahr 1976 entstandene Geburtendefizit wurde im Jahre 2010 auf 20 Millionen geschätzt. Genaue Zahlen sind, wohl aus bestimmten Gründen, im Netz nicht zu ermitteln. In den Jahren 2013 und 2014 beliefen sie sich auf 102.800 und 99.700. Da über die Jahrzehnte die Anzahl gebärfähiger Frauen entsprechend geschrumpft ist, dürften die Zahlen in früheren Jahren wesentlich höher gewesen sein. In Berlin wurde lt. „Tagesspiegel“ vom 5.6.2007 jedes vierte Kind abgetrieben! Da gibt es keine „Willkommenskultur“! Hierzu paßt die Absicht des Berliner Finanzsenators **Matthias Kollatz-Ahnen (SPD)**, das vom Verfassungsgericht gekippte Betreuungsgeld für deutsche Familien für die Betreuung minderjähriger Flüchtlinge einzusetzen. (Tagesspiegel, 1.10.2015) Fakt ist, daß die durchschnittliche Geburtenzahl bei Frauen deutscher Volkszugehörigkeit zur Zeit bei 1,2 liegt. Zur Bestandserhaltung wären mindestens 2,1 erforderlich. Einhundert Deutsche im Rentenalter hatten schon vor einigen Jahren nur ca. 65 Kinder und 44 Enkel, was einer Halbierung in zwei Generationen entspricht.

Eine unabhängige Bevölkerungswissenschaft gibt es in Deutschland nicht mehr. Die verbliebenen „Experten“ sind Teil des volksfeindlichen Systems. Der Direktor des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung, **Joshua R. Goldstein**, ließ sich im Jahre 2009 wie folgt in der linksradikalen „tageszeitung“ vernehmen: „Wir glauben nicht, daß Familienpolitik eine treibende Kraft ist. Nach unseren Erkenntnissen gibt es kaum einen Zusammenhang zwischen Politik und Geburtenrate“. (<http://www.taz.de>) --- Beim Betrachten anderer Epochen, auch der DDR, ergibt sich ein anderes Bild! --- Beim Demographischen Forum im Januar 2012 sagte Goldstein: „Das Ziel der Poli-

tik sollte nicht sein, die Geburtenrate zu steigern. Das ist sehr wichtig. Die Menschen müssen selbst entscheiden“. (<http://www.demografie-blog.de> 2012) --- Das müssen und können sie auch, wenn die Vorgaben des Staates und der Wirtschaft dies erlauben! ---

Was die Bevölkerungszahl angeht so ist zu vermerken, daß das Deutsche Reich bei seiner Gründung 1871 mit 540.857 qkm und 41 Mill. Einwohnern wesentlich größer und dabei dünner besiedelt war als es die Bundesrepublik mit 357.021 qkm und 81 Mill. heute ist. Sie liegt an der Spitze der Bevölkerungsdichte in Europa. Bis zum Jahre 1910 hatte das Reich eine Einwohnerzahl von 64,9 Mill. erreicht und war die wirtschaftlich stärkste Macht in Europa geworden. Das zeigt deutlich, daß es auf die Zahl der Einwohner nicht ankommt. Allerdings war die Bildung des Volkes damals eine umfassend andere. Man schrie nicht andauernd nach ihr, es gab sie einfach. Das heutige föderale Bildungssystem mit seinen unzähligen abseitigen Schul“reformen“ hat angeblich zu einem Fachkräftemangel geführt!

Die Wurzeln der heutigen Ausländerpolitik reichen weit zurück. Einer der ersten und wirkungsmächtigsten Propagandisten der Vermischung der europäischen Völker war der Halbjapaner **Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi**, der in seinem Buch „Praktischer Idealismus“ schon 1925 schrieb, der europäische Mensch der Zukunft werde ein Mischling sein und einer eurasisch-negroiden Mischrasse unter Führung des jüdischen Geistesadels angehören. Woher er das wohl wußte? Finanziell unterstützt wurde er damals von den jüdischen Bankiers Rothschild und Warburg. Coudenhove-Kalergi war nicht irgendein Spinner, die Vorgenannten hätten ihn sonst kaum finanziert, sondern Begründer der Paneuropa-Union, der Vorgängerin der Europäischen Union (EU). Im Jahre 1950 wurde er „in Würdigung seiner Lebensarbeit für ein geeintes Europa“ als erster mit dem Karlspreis bedacht. Später schrieb er, daß die europäischen Staaten unter dem Druck der Parlamente, der USA und der „Weltmeinung““ gezwungen werden sollten Paneuropa zu errichten. („Paneuropa 1922 bis 1966“ Seite 79) Die lebensgroße Büste des Grafen steht im nichtöffentlichen Bereich des Europarates in Straßburg.

Coudenhove-Kalergi starb 1972. Seine Nichte **Barbara Coudenhove-Kalergi** wirkt in seinem Sinne weiter. Im Wiener „Standard“ schrieb sie am 17.1.2015: „Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen paßt oder nicht. Der Bevölkerungsaustausch ist unumkehrbar.“

Während des II. Weltkrieges schickte der US-Präsident **Franklin D. Roosevelt** im Jahre 1943 seinen Sonderbeauftragten, den Staatssekretär **Wendell Wilkie** zum Sowjet-Diktator Stalin und ließ die Forderung „die ethnische Exklusivität des Deutschen Volkes zu vernichten““ als gemeinsames Kriegsziel formulieren. Wilkie selbst schrieb darüber in seinem Buch „One World“, 1943. (FAZ, 14.2.1992)

Pläne für die Vernichtung nicht nur Deutschlands sondern auch des Deutschen Volkes wurden besonders in den USA publiziert und propagiert. Hierfür stehen die Namen Louis Nizer, Henry Morgenthau jun., Theodor Nathan Kaufman und Earnest Hooton.

**Louis Nizer** schrieb 1941/44 sein Buch „What to do with Germany“ (Was mit Deutschland zu tun ist). Die darin vorgeschlagenen Möglichkeiten waren: Ausrottung, Zuchtwahl, Aufteilung und Zwangsverschickung. Präsident Roosevelt ernannte das Buch zur Pflichtlektüre. Der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Europa, **Dwight D. Eisenhower**, verteilte 100 000 Exemplare an seine Soldaten.

Der Name **Henry Morgenthau** ist in Deutschland der bekannteste der Vier. Er wollte Deutschland zu einem bevölkerungsarmen (auch hier der Anschlag auf das Volk!) Agrarstaat machen. Sein Plan war bereits im September 1944 von Roosevelt und dem britischen Kriegspremier **Winston Spencer Churchill** (später Karlspreisträger) gebilligt worden.

**Theodor Nathan Kaufman**, Präsident der US-Friedensgesellschaft, veröffentlichte schon vor dem offiziellen Kriegseintritt der USA sein Buch „Germany must perish“ (Deutschland muß zugrunde gehen), in dem er die Sterilisierung der deutschen Männer und die Aufteilung Deutschlands unter seinen Nachbarstaaten forderte. Das Buch diente unter anderem der Aufhetzung der kriegsunwilligen Bevölkerung der USA. Ein Satz daraus: „Der jetzige Krieg ist kein Krieg gegen Adolf Hitler. Genau so wenig ist er ein Krieg gegen die Nazis. Er ist ein Krieg von Völkern gegen Völker, von zivilisierten Völkern, die Licht im Bewußtsein tragen, gegen unzivilisierte Barbaren, die die Dunkelheit lieben.“

Der Harvard-Anthropologe **Prof. Earnest Hooton** veröffentlichte am 4.1.1943 in der New Yorker Zeitung „PM's Daily“ seinen Plan zur Umvolkung Deutschlands. Die Reste der deutschen Wehrmacht sollten für 20 oder mehr Jahre zur Zwangsarbeit im Ausland festgehalten werden. Das Ziel dieser Maßnahme sei u. a. die Reduzierung der Geburtenrate von reinrassigen Deutschen. Darüber hinaus sollte die Immigration und Niederlassung von insbesondere männlichen Ausländern in die zu bildenden Einzelstaaten gefördert werden. Dieser Prozeß sei langsam durchzuführen, um größeren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden! (Alles „Der Große Wendig, Richtigstellungen zur Zeitgeschichte“, Bd. II)

Diese Pläne scheiterten vor allem daran, daß sich die Sieger nach 1945 in die Haare gerieten und man glaubte, die Deutschen als Kanonenfutter brauchen zu können.

Wer nun glaubt, dies seien Dinge aus ferner Vergangenheit die heute nicht mehr von Bedeutung sind, sei mit einem Mann konfrontiert, dessen Wirken erst jüngst bekannt geworden ist. Es handelt sich um **Thomas P.M. Barnett**, einen von der Finanzindustrie gesponserten führenden Pentagon-Strategen, US-Chef-Globalisierer und Präsidentenberater. In seinen Büchern „The Pentagons new map“, 2004 (Neuer Plan des Pentagon) und „Blueprint for action“, 2005 (Handlungsanleitung) fordert er aus wirtschaftlichen Gründen



unter Berufung auf ein offizielles Dokument der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 die Zuwanderung von jährlich 2 Millionen ab 2015 nach Deutschland, das 2035 eine Bevölkerung von 113 Millionen, davon 54 Millionen nach 1995 eingewanderte Migranten oder deren Nachkommen haben soll! Die Rede ist von einer „Austauschmigration“, in der deutschen Übersetzung verharmlosend „Bestandserhaltungsmigration“. Barnett selbst schreibt: „Wer sich gegen die Vermischung der Rassen sträubt handelt unmoralisch und unzeitgemäß“. Wer das Wiedererwecken einer früheren Gemeinschaft und vergangener Wertvorstellungen verfolge, den Verlust seiner Identität fürchte, sei radikal-fundamentalistischen Islamisten gleich zu setzen und bei Widerstand gegen die globale Ordnung zu töten.

Die Destabilisierung der vorderasiatischen und nordafrikanischen Staaten durch die USA und ihre Mitläufer mit ihren Folgen für Europa und vor allem Deutschland entsprechen dieser Strategie.

Derart gemeingefährlichen Kräften wollen sich die politisch Verantwortlichen einmal mehr mit ihren strikt geheimen Verhandlungen über das gefährliche Freihandels-Projekt TTIP unterwerfen!

Ein weiterer Strategie aus dem Dunstkreis dieser völkermordenden Denkungsart war der im Jahre 2003 durch einen Bombenanschlag in Bagdad ums Leben gekommene frühere UN-Administrator für den Kosovo, der Brasilianer **Sergio Vieira de Mello**, der am 14.8.1999 öffentlich erklärte: „Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die Alliierten im zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht ... Genau das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solche starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte – nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern“.

Der Harvard-Professor Yascha Mounk im „Spiegel“ Nr. 40/2015, S. 126: „In Europa läuft ein Experiment, das in der Geschichte der Migration einzigartig ist: Länder, die sich als monotheistische, monokulturelle und monoreligiöse Nationen definiert haben, müssen ihre Identität wandeln. Wir wissen nicht, ob es funktioniert, wir wissen nur, daß es funktionieren muß.“

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde der Hooton-Plan nachträglich zum Selbstläufer. Es begann am Ende der 1950er Jahre mit zunächst europäischen, später überwiegend türkischen Gastarbeitern, von denen viele blieben, ihre Familien nachholten und später zu Mitbürgern erhoben wurden. Bereits Ende 1973 wurde an 868.000 noch im Ausland lebende Ausländerkinder Kindergeld gezahlt, von dem man ursprünglich annahm, es sei für die Unterstützung deutscher Familien geschaffen worden. Zum 1.1.1975 wurde das Kindergeld für in Deutschland lebende Kinder erhöht, das für die im Ausland lebenden blieb gleich. Selbstverständlich holten danach immer mehr Ausländer ihre Kinder nach Deutschland. Das waren schon damals die kaum wahrgenommenen Tricks des Systems. Frühzeitig warnten vernünftige Menschen vor der Gastarbeiteranwerbung, so der Präsident der

Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl: „Alle Beteiligten hätten sicher mehr davon, wenn die Arbeitsplätze dort geschaffen würden wo sie fehlen, anstatt immer mehr Arbeitnehmer in Industriegebiete zu holen“.

Die späteren Asylbewerber, nur zu ganz geringen Teilen anerkannt, blieben auch bei Nichtanerkennung aus fantasiereichen Gründen überwiegend geduldet im Lande. So ist es geblieben. Im Oktober 2015 waren nach Mitteilung des Innenministeriums 190.000 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig, von denen 140.000 eine Duldung hatten. (Tagesspiegel, 22.10.2015) Ende des Jahres 2014 klagte der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, **Winfried Kretschmann**, die CDU verfare nach dem Motto, wir haben 14.000 abgelehnte Asylbewerber, also müssen wir 14.000 Menschen abschieben. (Was eine unbewiesene Behauptung war.) Das sei doch haarsträubend. Seine grün-rote Landesregierung schiebe nur etwa 10 % ab! (Die Welt, 27.11.2014)

Das ohnehin absonderliche Asylrecht, nirgends sonst auf der Welt ist es einklagbar, wurde immer mehr ausgeweitet, u. a. auch auf Personen, die wegen ihrer abseitigen sexuellen Neigungen in ihren Heimatländern benachteiligt werden. Im Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es kurz und bündig: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Hierbei handelt es sich um ein Individualrecht. Nur der persönlich Betroffene sollte es in Anspruch nehmen können. Von Familiennachzug, Einbürgerung und Integration ist nirgends die Rede!

Darüber hinaus ist das Asylrecht seit 1993 eingeschränkt, nachdem sich schon damals im Volk Widerstand gegen ausufernden Asylzustrom, nicht zu vergleichen mit dem jetzt stattfindenden, regte. Der Abs. 2/1 des Artikels 16a bestimmt: „Auf Abs. 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft .... einreist“. Das betrifft alle seitdem Eingereisten soweit sie nicht per Flugzeug oder über die Meere gekommen sind. Ihre Einreise ist damit rechtswidrig, was Frau Merkel und ihre Mittäter ignorieren.

Bis in die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts wurden die verantwortlichen Politiker nicht müde zu betonen, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei. Das diene wie so vieles andere der Verschleierung der wahren Absichten. Nun überbieten sie sich in „Willkommenskultur“ und Integrationsabsicht für Hunderttausende und bewirken damit den Sog auf weitere Millionen.

Der EU-Kommissionschef **Jean-Claude Juncker**, Träger des Europapreises der Coudenhove-Kalergi-Stiftung, beschrieb dieses Verhalten treffend: „Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Spiegel, 52/1999 vom 27.12.1999, Seite 136)

Bereits seit Jahrzehnten wurde für aufmerksame Menschen deutlich, was man in der Bundesrepublik mit dem deutschen Volk beabsichtigt. Eine Vielzahl von Personen des öffentlichen Lebens, insbesondere Politiker und Journalisten, offenbarten sich als Feinde des vom Grundgesetz („Verfassung“) geschützten Volkes. Die nachfolgende Dokumentation erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die negative Volksentwicklung deutlich. Im Jahre 1974 ließ ein **Dr. Scheurig**, leitender Beamter im bayrischen Ministerium für Landesentwicklung, eine Studie fertigen in der es heißt: „Einziger Ausweg aus der sich entwickelnden Situation ist es, Ausländer in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß ins Land zu holen. In vielen Städten würde dann die ausländische Bevölkerung überwiegen“. Der damalige Bundeskanzler **Helmut Schmidt** (SPD) wußte dazu am 2.8.1979 nur zu sagen; „Es steht dem Staat nicht zu, die Geburtenentwicklung zu beeinflussen!“ (FAZ, 22.6.2004)

Schmidts Planungschef **Albrecht Müller** (SPD) antwortete auf die Frage, ob es ihn gleichgültig ließe, wenn in Deutschland in hundert Jahren lauter Mustafas, Mohammeds und Ali Babas herumliefen: „Wenn die Entwicklung dahin friedlich verlief kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden.“ (GEO, Nr. 12/1980)

Offenbar derselbe Müller (die Quelle spricht vom „Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt von Schmidt“) warf Befürwortern von Bevölkerungspolitik vor, sie pflegten „völkisch-kollektivistische“ Vorstellungen, dächten in Kategorien der Gruppe, der Horde, des Volkes. Bestandserhaltung sei ein Begriff aus der Viehhaltungstatistik. Der Mann bereiste ab 1978 wichtige Tagungen und attackierte jeden, der den Geburtenrückgang als bedrohlich darstellte. (FAZ, 22.6.2004)

Inzwischen werden Begriffe aus der Viehhaltungstatistik auf unser Volk angewendet: Biodeutsche = Biohühner!

Am 30.3.1984 erklärte der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz **Dr. Bernhard Vogel** (CDU): „Die Probleme der nächsten Jahrzehnte können wir nicht damit lösen, daß wir in Europa ein künstliches Reservat für das deutsche Volk einrichten“. (Der Schlesier, 25.9.1991) Hier passen die Worte „Die Indianer konnten die Einwanderung nicht stoppen, heute leben sie in Reservaten“. Nicht einmal diese gestand uns der saubere Christdemokrat zu!

Von der Psychoanalytikerin und Schriftstellerin **Margarete Mitscherlich**, dekoriert mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik für „Verdienste um das Gemeinwohl“, stammt der Ausspruch: „Daß die Deutschen aussterben so wie sie bis jetzt waren, kann man eigentlich nicht bedauern. Ihren Platz in Europa könnten gut Deutsch sprechende Gastarbeiter ausfüllen, die auch ihren ganzen kulturellen Reichtum einbringen würden.“ (Bild-Zeitung, Ausg. Hamburg, 17.12.1986)

**Renate Schmidt**, bayerische SPD-Politikerin, am 14.3.1987 in einer Diskussion im Bayerischen Rundfunk zum Thema „Sterben die Deutschen aus?“: „Das ist für mich nicht das Problem. Die Frage, die sie hier stellen, ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht“. (Abschrift einer Tonbandaufzeichnung in „Deutschland-Schrift für neue Ordnung“, 3/4-1987)

So sprachlich und fachlich qualifiziert wurde sie im Jahre 2002 als Ministerin für Familie in das Kabinett Schröder berufen!

Ein weiterer entsprechend qualifizierter Minister für Jugend und Familie war von 1982 bis 1989 **Heinrichjosef Georg „Heiner“ Geißler**, ehemaliger Generalsekretär der CDU. In seinem im Jahre 1990 erschienenen Buch „Zugluft-Politik in stürmischer Zeit“ ließ er sich wie folgt aus: „Der eigentliche Realitätsverlust besteht in der Tatsache, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist. Ein Einwanderungsland muß sie auch bleiben. Wir müssen Lobbyisten für Ausländer sein. --- In der multikulturellen Gesellschaft, die inzwischen schon globalen Charakter hat, muß es der Hans nicht länger mit der Grete treiben“. (!)

In einem Artikel für den „Tagesspiegel“ vom 7.8.2003 schrieb Geißler: „Die Problematik der negativen Bevölkerungsentwicklung könne nicht durch eine forcierte Geburten- und Bevölkerungspolitik gelöst werden, sondern nur durch eine gezielte Einwanderungspolitik. Sie muß spätestens ab 2015 (!! ) zu einer Zuwanderung von netto 300.000 führen.

Schon 1988 tönte er: „Für ein Land in der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offen halten“. Folgerichtig hält er das gegenwärtige Treiben seiner Kanzlerin für „eine glanzvolle und gute Leistung“, hofft „daß sie bei dieser Position bleibt“. (Tagesspiegel, 19.10.2015) Schon im Jahre 2001 hatte er für Kritiker seines Wahns eine freundliche Empfehlung: „Wer die Zuwanderung zum Gegenstand einer parteipolitischen Auseinandersetzung machen will, der ist reif für die Psychiatrie“. (Münchener Merkur, 6.7.2001)

Zum Reigen der „Familienminister“ gehört auch ein Blitzlicht aus jüngster Zeit. Im Oktober 2015 wurde von der Shell AG eine Studie veröffentlicht, in der es u. a. hieß, bei den deutschen Jugendlichen ließe der Wunsch nach Kindern nach, weil er mit den Forderungen der Arbeitswelt nicht vereinbar scheine. Die Familienministerin **Manuela Schwesig** (SPD) sei bei der Pressevorstellung der Studie über diesen Passus schnell hinweg gegangen schrieb die Berichterstatteerin der „Berliner Zeitung“ **Anja Kühne** am 14.10.2015. Gleichwohl zog sie das Fazit aus der Studie mit „The kids are alright“ u. a. auch deswegen, weil die Jugendlichen sich angeblich nicht vor Zuwanderern fürchten, das sei am schönsten.

**Bert Rürup**, Professor an der TH Darmstadt und Fachmann für Sozialabbau bei Bundeskanzler Schröder, hat im Jahr 1989 in einer im Auftrag des damaligen Kanzleramtsministers von Helmut Kohl, **Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU), gefertigten Studie „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der

Bundesrepublik Deutschland“ klar benannt, wohin die Reise gehen soll: „In den neunziger Jahren seien die Weichen für die endgültige Verwandlung der Bundesrepublik in ein Einwanderungsland zu stellen. Zuwanderung weiterer Millionen Ausländer solle gezielt gefördert werden und Deutschland sich als Einwanderungsland offiziell bekennen. Die Durchmischung in den Stadtteilen möge selbstverständlich werden. Die Bundesrepublikaner seien dahin zu erziehen, deutlich über 10 Millionen Ausländer aufzunehmen und zu integrieren. Heimisches Blut solle sich mit fremdem mischen.“ (aus „Halbmond über Deutschland“ FZ Verlag 2004) Für Schäuble ist Migration nicht in erster Linie (in zweiter?) Bedrohung, sondern Chance und Bereicherung. (Tagesspiegel, 31.5.2006)

Als Innenminister verbot er am 31.3.2009 den Jugendbund „Heimatreue Deutsche Jugend“. Das wäre in dem hier behandelten Zusammenhang nicht erwähnenswert, volkstreuere Jugendgruppen sind in der Bundesrepublik schon viele verboten worden. Eine volksbewusste Jugend ist in diesem Staat unerwünscht. Das Besondere in diesem Fall ist, daß in der am selben Tag zu diesem Vorgang erschienenen Presseerklärung u. a. ausdrücklich das Eintreten für das „Fortbestehen des deutschen Volkes“ als Verbotgrund angegeben ist. Deutlicher geht es wirklich nicht mehr! (<http://www.presseecho.de>)

Die damalige Bundestagsvizepräsidentin **Prof. Dr. Rita Süßmuth** (CDU) erklärte: „Wegen unserer Vergangenheit im Dritten Reich (Schuldneurose!) müssen wir die Gralhüter des Grundrechts auf Asyl sein“. („Code“ 6/89) Später sprach sie sich dafür aus, Deutschland zu einem Einwanderungsland zu machen. „An Stelle der ethnischen und kulturellen Geschlossenheit des deutschen Volkes solle eine multikulturelle Gesellschaft treten“. (FAZ, 21.11.1994)

Im August 2000 hatte der seinerzeitige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber einen Lichtblick. Im Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ sagte er „Deutschland brauche mehr Kinder, u. a. um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen“. Der damalige Vizepräsident des Zentralrats der Juden und CDU-Politiker (Mitglied im Bundesvorstand) **Michel Friedman** erklärte hierzu, diese Forderung zeige, „daß immer noch nicht verstanden wurde, daß Deutschlands Zukunft nicht davon abhängt, ob Deutsche Eltern deutsche Kinder bekommen“!

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, **Kerstin Müller**, nannte Stoibers Äußerung „eine unverantwortliche Deutschtümelei“. Er bereite damit den Nährboden für rechtsradikale Parteien.

Der Chef der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, **Ludwig Stiegler**, stieß in das selbe Horn. Er warf Stoiber vor, er gehöre zu den „geistigen Wegbereitern und Stichwortgebern der rechtsextremistischen Täter.“ (alles Tagesspiegel, 10.8.2000)

Ein weiteres Bekenntnis Friedmans stammt aus dem März des Jahres 2000: „Was, wenn nicht Europa ist der multikulturelle Test für eine supranationale Gesellschaft“. (Die Welt, 8.3.2000)

Der geborene Afghane und deutsche Staatsbürger **Walid Nakschbandi**, Produzent für das Fernsehen in Deutschland, am 19.9.2000 in der Süddeutschen Zeitung: „Ein Leben ohne uns wird es für Euch nicht mehr geben ... Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer.“ (<http://www.verteidigt-israel.de>)

Ein weiterer Bereicherer unserer Kultur ist der türkischstämmige Reiseunternehmer **Vural Öger**, ehemals von der SPD auserkoren sie als Abgeordneter im Europa-Parlament zu vertreten. Der türkischen Zeitung „Hürriyet“ (Zusatzzeile im Titel auch der deutschen Ausgabe auf türkisch „Die Türkei den Türken“!) sagte er am 24.5.2004, damals noch Abgeordneter: „Im Jahre 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen. Das, was Kanuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.“ (übersetzt aus BILD, 26.5.2004)

Auch die zeitweilige Migrantin **Cigden Akkaya**, ehemalige stellvertretende Direktorin des öffentlich geförderten Essener Instituts für Türkeistudien (jetzt wieder in der Türkei) bedankte sich für ihren Posten auf Kosten der deutschen Steuerzahler wie folgt: „Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.“ (WAZ, 27.3.2002)

Auch weitere Immigranten sagen uns unter Duldung und Förderung der Offiziellen im Lande wohin es gehen soll:

**Macid Karahmetoglu** (SPD): „Wir wollen deutlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Als Richter, als Staatsanwälte, als Verwaltungsangestellte, als Polizeibeamte um Vorbilder zu schaffen“. (<http://www.deutsch-türkische-nachrichten.de>, 31.3.2011)

**Cem Özdemir**, Bundesvorsitzender der Grünen: „Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali.“ (<http://www.youtube.com/watch>, 1.9.2010)

„In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt.“ (<http://www.tagesspiegel.de.berlin>)

**Arif Ünal**, stellte im Landtag von NRW den Antrag, die Eidesformel „Zum Wohle des deutschen Volkes“ in „Zum Wohle der Bevölkerung in NRW“ zu ändern. Der Antrag wurde natürlich angenommen, kann seine Wirkung aber erst nach Verfassungsänderung entfalten. (<http://www.youtube.com/watch> und Wikipedia)

**Ibrahim El-Zayat:** „Dieses Land (Deutschland) ist unser Land, unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf Erden machen, um es der islamischen Umma (Gemeinschaft der Muslime) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung zu stellen.“ (MJ TNT Nr. 1/9 1996 Seite 2 / <http://bz.berlin1.de>)

Der Journalist und Schriftsteller **Feridun Zaimoglu** aus Anatolien sprach im Juli 2007 auf einer Integrationskonferenz der Grünen-Bundestagsfraktion. Auszug aus seiner Rede:

„Die Konservativen ordnen Menschen ihrer jeweiligen Kultur zu, sie sperren sich dagegen, daß ein Zuwandererkind mehr sein soll als ein deutschsprechender Fremder. Ihre Heimat ist unbedingt zu verteidigen. Sie bedienen sich einer Sprache, in der es zulässig ist, von biologischer Invasion und Infiltration zu sprechen. Sie nennen ihre Fremdenskepsis Volksnähe, ich nenne sie einen rechten Schmarrn. --- Die Konservativen erarbeiten harte und ungerechte Gesetze, sie verweisen auf den vermeintlich ungeordneten, unkontrollierten Zustrom von Fremden ins Land. Sie schüren Panik und Hysterie, sie appellieren an die niederen Instinkte. --- Unanständig nenne ich Volksnähe, wenn sie Instinkte und Affekte anspricht. Unanständig ist es, nur Haufen und Horden zu sehen, wo es doch Menschen sind, die dieses Land als ihr eigenes Land betrachten (!!)" (Tagesspiegel, 29.6.2007)

**Read Saleh** aus dem Westjordanland, Fraktionschef der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin, hat Visionen: „In 15 Jahren wird es weder in Deutschland noch in der Türkei von Bedeutung sein welchen Glauben und welche Herkunft jemand hat. Dann kann es eine Bundeskanzlerin namens Hariye Bayar geben, eine gläubige Muslimin“. (Berliner Zeitung, 30.9.2015) --- „25 Jahre nach der deutschen Einheit müssen wir eine neue deutsche Einheit wagen“ (Berliner Zeitung, 2.10.2015)

Der Grüne **Jürgen Trittin**, als Student Mitglied linksextremer Gruppen, später des Kommunistischen Bundes, zeitweilig Minister in Niedersachsen und von 1998 bis 2005 Bundesminister unter Schröder, beschienigte dem damaligen CDU-Generalsekretär Meyer er habe die Mentalität eines Skinheads, nachdem dieser im Jahre 2001 gesagt hatte, er sei stolz ein Deutscher zu sein. Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesminister sagte er der Zeitung „Die Welt“: „Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und werde das auch als Minister nicht tun.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2.1.2005/S. 6)

Von Trittins Parteigenossin **Claudia Roth**, ehemals Vorsitzende der Grünen, heute wohldotierte Bundestagsvizepräsidentin, Inhaberin des Bayerischen Verdienstordens, überreicht vom Ministerpräsidenten Horst Seehofer, gibt es im Internet ein Foto vom Mai 1990 auf dem sie bei einer Demonstration ihrer Partei hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Deutschland“ läuft. Anfang Dezember 2015 demonstrierte sie in trautem Verein mit dem grünen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Christian Meyer und dem

Bürgermeister von Hannover Stefan Schostok (SPD), in einer Zusammenrottung von antideutschen Linksextremisten, aus deren Lautsprecherwagen es schallte: „Deutschland du mieses Stück Scheiße“, „Deutschland verrecke“ und, wie gehabt „Nie wieder Deutschland“. (Pressemitteilung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, 3.12.2015)

Roth glänzte mit dem Ausspruch: „Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht. Es gibt keine Deutschen, nur Nichtmigranten.“ (FAZ, 20.11.2004) --- Ihre Wunschvorstellung zum Tag der Deutschen Einheit: „Am Nationalfeiertag ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarz-rot-goldenen Fahnen.“ (WamS, 6.2.2005) --- Zur Freude über Fußballsiege wußte sie davor zu warnen, „Daß sich die Leichtigkeit, das Feiern und die Fröhlichkeit gleich wieder auflädt mit dem Bezug zum eigenen Volk.“ (<http://www.focus.de>, 24.6.2008) --- In der „Münchener Runde“ des Bayerischen Fernsehens log sie am 5.10.2004: „Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut“.

Damit steht Roth nicht allein. Diese Geschichtsklitterung ist allgemein immer wieder zu hören, oft wohl nur aus Uninformiertheit nachgeplappert. Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident mit englisch-deutschem Doppelpaß, **David McAllister** (CDU), sollte es besser wissen: „Die türkischen Migranten der ersten Stunde haben unser Land mit aufgebaut und unseren Wohlstand mit begründet“ (<http://www.ms.niedersachsen.de>)

Der Grüne Vizekanzler und Außenminister im Kabinett Schröder, ehemals linksextremistischer Straßenkämpfer und Steinewerfer auf Polizisten, **Joseph Maria „Joschka“ Fischer** schrieb das Buch „Risiko Deutschland“. Die linke Journalistin Miriam Lau (taz, Zeit) charakterisierte dessen Aussagen wie folgt: „Deutschland müsse von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“ (<http://www.welt.de>)

In einer Rede vor amerikanischen Bankern sagte das Mitglied der „Atlantik-Brücke“ und des „Council on Foreign Relations“ im Jahre 2008: „Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas sind. Das wird immer wieder zu Ungleichgewichten führen. Dem kann aber entgegen gesteuert werden, indem so viel Geld wie möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür. Es kann auch radikal verschwendet werden, Hauptsache die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet!“ (Zitiert aus Wolfgang Hackert „Antigermanismus, Globulismus, Multikulti“, Verlag libergrafix, 2015)

Die Stadtverordnete und „Integrationspolitische Sprecherin“ der Grünen in Frankfurt/Main, **Narges Eskandiari-Grünberg**, hetzte in einer Bürgerversammlung am 5.11.2007: „Nicht die Ausländer werden aufgefordert, sich bei aller Beibehaltung ihrer religiösen Bräuche still und bescheiden in unsere Kultur, Sitten und Gebräuche einzugliedern, sondern den Deutschen wird geraten, sich eine neue Heimat zu suchen“! (Frankf. Neue Presse, 6.11.2007: „Grüne wecken den Volkszorn“)



Der Regierungspräsident des Bezirks Kassel, **Dr. Walter Lübcke** (CDU) wollte dem nicht nachstehen und erklärte am 16.10.2015 auf einer Bürgerversammlung zum Thema Ausländerüberflutung in Lohfelden: „Wir haben Quoten zu erfüllen. Da muß man für Werte („Willkommenskultur“) eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen“. (Frankfurter Neue Presse, 17.10.2015)

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, **Katrin Göring-Eckardt**, am 9.10.2013 im ARD-Morgenmagazin: „Also, ich glaube das geht ja um zwei Punkte in diesem Bereich. Es geht einerseits darum, sind wir ein Land, was für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht, die wir übrigens dringend brauchen. Nicht nur Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen hier brauchen, die in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen.“

Besonders geschmackvoll im Bundestag: „Dreißig Prozent der Kinder und Jugendlichen heute haben bereits einen Migrationshintergrund, und dabei habe ich die Osis jetzt noch nicht mitgerechnet.“ (Berliner Zeitung, 12.9.2015)

Die damalige grüne Bundestagsabgeordnete und Verdi-Funktionärin **Sieglinde Frieß** sagte im Parlament: „Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt“. (FAZ, 6.9.1989) – Von einem Ordnungsruf wurde nichts bekannt! –

Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern widersprach die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD **Stefanie Drese** einem Antrag der NPD: „Den Antrag der NPD-Fraktion, den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren, lehnen die Vertreter der demokratischen Fraktionen, in deren Namen ich heute spreche, mit aller Nachdrücklichkeit und aufs Schärfste ab. Dieser Antrag ist rassistisch und menschenverachtend. Der Antrag ist engstirnig, rückwärtsgewandt und verlogen zugleich.“ (Euro-Kurier, 7/2014 und vollständig als Video im Netz zu bewundern)

Ihre Kollegin und Geistesschwester, die CDU-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, **Angelika Pfeiffer**, ließ sich am 7.12.2005 auf eine Forderung der NPD wie folgt vernehmen: „Deutsches Geld für deutsche Kinder und deutsche Mütter ist das Schlimmste was man sagen kann. Ihr Antrag stellt ganz klar auf die deutsche Mutter ab. Ich schäme mich für ihre Wortwahl.“ (Deutsche Stimme/Riesa, 1/2006)

Ein weiterer Familienminister war **Armin Laschet** (CDU), der heutige Landesvorsitzende in NRW und Stellvertretende Bundesvorsitzende seiner Partei. Er hatte dieses Amt von 2005 bis 2010 in NRW inne. Seine Sorge um die ihm anvertrauten Familien erschöpfte sich schon damals hauptsächlich in der Klage um sinkende Einbürgerungszahlen. „Deshalb müsse Deutschland die fremden Menschen einladen, die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Es müsse

deutlich werden, daß wir diese Menschen brauchen und wollen.“ (Tagesspiegel, 12.8.2007)

Im Jahre 2009 veröffentlichte er sein Buch „Die Aufsteigerrepublik – Zuwanderung als Chance“. Er schrieb, daß „die Altdeutschen den Neudeutschen das Gefühl geben müßten willkommen zu sein. Es müsse endlich die Einheit aller vollendet werden, die in Deutschland leben.“ --- „Erst wenn der Imam auf dem Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters oder der IHK so auftreten kann wie der Domprobst oder der Superintendent, wenn er die deutsche Sprache spricht und Freude an der deutschen Gesellschaft hat, erst dann ist der Islam wirklich Teil der deutschen Gesellschaft geworden.“ (Westdt. Allgem. Zeitung, 24.9.2009)

Im selben Jahr traf sich Laschet mit dem aus vielen Gründen berüchtigten Grünen **Daniel Cohn-Bendit** zu einem „Streitgespräch“, zu dem es allerdings nicht kam. Man war ein Herz und eine Seele. Laschet wollte nach der Integration der (deutschen!) Vertriebenen nach dem Kriege, dem Zusammenwachsen von Ost und West (-deutschen!) nun das der Mehrheitsdeutschen und Migranten. Eine Abfolge, der man in ihrer frechen Falschheit heute immer mehr begegnet. Cohn-Bendit war so begeistert, daß er sich Laschet als Integrationsminister wünschte. (Tagesspiegel, 4.10.2009)

Wie sich Cohn-Bendit seine Wunschgesellschaft vorstellt gab er bereits 1991 zum Besten: „Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch. Sie ist von beträchtlichem sozialen Ungleichgewicht geprägt und kennt Wandrungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer, sie hat die Tendenz in eine Vielzahl von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt so wie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.“ (Die Zeit, 22.11.1991) --- Hübsch gemütlich. So deutlich hört man es selten!

**Christian Wulff** (CDU), ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen, später Bundespräsident bei seiner Vereidigung am 2.7.2010: „Mir ist es wichtig Verbindungen zu schaffen zwischen Einheimischen und Zugewanderten“ - - - „Die Deutschen müssen offen sein für die Zusammenarbeit mit allen Teilen der Welt. Das können wir schon hier bei uns einüben, in unserer bunten Republik Deutschland.“ (welt.de, 3.7.2010)

Aus der Rede zum Tag der Einheit 2010: „Der Islam gehört zu Deutschland“. (<http://www.stern.de>) --- „Ich bin auch der Präsident der Muslime“ (<http://www.spiegel.de>) --- „Das Land muß Verschiedenheit aushalten, es muß sie sogar wollen“ (<http://www.faz.net>) Außerdem: „Wir brauchen ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Paß, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt.“ (<http://anti-zensur.info>)

Die Exhibitionistin **Anne Helm**, Funktionärin der Piraten-Partei, Bezirksverordnete in Berlin-Neukölln, lief am 13.2.2014 dem Gedenktag für die alliierte Stadtvernichtung 1945 halbnackt durch Dresden mit der Aufschrift „Thanks Bomber-Harris“ auf dem Busen. Ihre Antwort auf die Frage weshalb sie nicht

auswandere wenn sie ihr eigenes Volk haßt: „Erst wenn der Volkstod beendet ist. Wir liegen ganz gut im Zeitplan“. (Helms Twitter-Account <http://twitter.com>)

Der Volkstod wird auch unter dem schönen Begriff „Kunsthfreiheit“ propagiert. Eine der angeblich einflußreichsten „Punkbands“, die seit 1979 ihr Unwesen treibende „Slime“, gibt Konzerte und dem Motto „Deutschland muß sterben, damit wir leben können“. So am 18.12.2015 in Berlin-Kreuzberg.

Das Mitglied der Partei Die Linke **Christine Löschner**, engagiert bei der „Linksjugend-Sachsen“, schrieb in einem E-Post Rundschreiben vom 20.1.2012: „Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod und beglückwünsche Polen für die erlangten Gebiete und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen“. (Christine Löschner@gmx.de)

**Franziska Drohsel**, ehemalige Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD sowie Mitglied der Roten Hilfe: „Ja also, deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts worauf ich mich positiv beziehe. Würde ich politisch sogar bekämpfen“. (Gespräch in der Cicero-Redaktion, August 2008)

**Wiglaf Droste**, linker Journalist und Autor, ehemaliger Kolumnist der „taz“, jetzt bei „Junge Welt“, forderte Israel auf, Bayreuth statt Beirut zu bombardieren (Spiegel online, 31.7.2006) und ist auch sonst auf der Höhe der Zeit: „Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben und zwar subito (plötzlich). Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte auf ‚deutschem Boden‘, von dem gesprochen wird als sei er heilig und gebenedeit, zu leben wie irgendein Deutscher – wenn nicht gar sogar noch mehr.“ (<http://www.globalecho.org>.)

Der Journalist **Helmut Högel** nach der Attackierung eines Schuldirektors i. R. durch zwei Schläger mit „Migrationshintergrund“: „Seien wir ehrlich, wenn irgendwo auf der Welt ein Mistvolk – gleichzeitig nach unten überheblich wie zur Macht hin unterwürfig – es verdient attackiert zu werden, dann ist es das scheid-deutsche“. (taz, 16.1.2008)

Der Chefredakteur des Berliner „Tagesspiegel“ **Stephan-Andreas Casdorff** ließ sich in diesem am 26.4.2012 dahingehend aus, daß die deutsche Volkswirtschaft im Jahre 2050 mit 50 Mill. Menschen dastehen könnte und fragte „wollen wir das?“ Die Alternative zur Einwanderung sei Wohlstandsverlust. (s. S. 3) Casdorff endete: „Wir müssen uns verabschieden vom Bild des „Bio-Deutschen“. Deutsch wäre dann, wenn es so wäre, mehr oder weniger eine Beschreibung des Umstands, daß jemand in einer bestimmten Region ansässig ist. Deutschsein als Nationaldenkmal würde ein verblassender Mythos“.

Am 12.10.2015 schrieb er angesichts der gegenwärtigen Entwicklung: „Der Nationalstaat ist unreal, ist ein Traum von Naturalismus und kollektivistischer Stammeszugehörigkeit“ und zitierte damit Karl Popper, den Lieblingsphiloso-

phen von Helmut Schmidt. Weiter: „Wer sind die Deutschen heute? Sie heißen Coloma, Akkaynak, Bircan, Aina, Vujinovic, Cyriacks, Ferati, Kyeremantang. Keine Deutschen? Klingt so ausländisch? Nun, das sind Namen derer, die für Deutschland spielen in der Fußballnationalmannschaft der unter 17jährigen. Sie sind die Zukunft – und schon die Gegenwart. Turkodeutsche, Grecodeutsche, Italodeutsche, Serbodeutsche, sie sind die Müllers, Maiers, Schulzes der kommenden Jahrhunderte – und das ist gut so. Denn ohne sie kein Deutschland. Das Deutschland, das die Gestrigen meinen stürbe aus.“

Die hauptamtliche Vorsitzende der staatsfinanzierten Amadeo-Antonio-Stiftung, Antifa-Aktivistin und ehemalige Stasi-IM „Victoria“ sowie regelmäßige Kolumnistin der „Berliner Zeitung“ **Anetta Kahane**: „Es gibt im Osten des Landes noch immer weniger als 1 % sichtbare Monoritäten und somit kann man sagen, daß dieser Teil des Landes weiß geblieben ist. Nicht nur ‚ausländerfrei‘ sondern weiß. Bis heute ist es anstrengend, schwierig, mühsam bis unmöglich, die lokalen Autoritäten davon zu überzeugen, daß dieser Zustand ein Problem ist, gegen das sie aktiv werden sollten.“ (am 2.8.2012 im internetportal „publikative.org.“)

Die CDU-Politikerin **Maria Böhmer**, von 2005 bis 2013 Staatsministerin bei Frau Merkel und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, im Jahre 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet, erging sich in folgendem Lobgesang: „Die 2,7 Millionen Menschen aus türkischen Familien, die in Deutschland leben, gehören zu uns, sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.“ Auf dem zweiten Integrationsgipfel im Juli 2007 befand sie: „Es gibt keinen Unterschied zwischen einem deutschen Hans und einem deutschen Mehmet.“ (Tagesspiegel, 13.7.2007)

Die Journalistin **Andrea Dernbach** verkündete am 27.10.2015 in der „Berliner Zeitung“: „So viele Fremde, das ist nicht mehr Deutschland? Im Gegenteil, das wird erst richtig Deutschland!“

Ihre Kollegin **Brigitte Fehrle** schrieb am 15.9.2015 in derselben Zeitung: „Deutschland wird sich verändern ... Ob das Land mit seinen neuen Mitbürgern klar kommt, wird in erster Linie davon abhängen, ob wir sie als Freunde oder als Fremde betrachten. Ob wir, wenn sie einmal als Asylsuchende anerkannt sind und dauerhaft bleiben, für sie Platz machen.“

Der Kolumnist **Hans-Ulrich Jörges** am 10.9.2015 im „Stern“: „Schmelzriegel Deutschland. Flüchtlinge und Einwanderer verändern das Land von Grund auf. Es wird jünger, klüger, lebendiger und wohlhabender obendrein.“

Der Chef des Bundesamtes für Migration, **Frank-Jürgen Weise**, stellte den Nutzen der Zuwanderung vor allem junger Männer wie folgt dar: „Das ist eine gute Bereicherung unserer Arbeitswelt und unserer Gesellschaft, daß

nicht überall ältere graue Herren durch die Gegend laufen und langsam mit dem Auto auf den Autobahnen herumfahren, sondern das wird eine lebendige Gesellschaft.“ (<http://www.welt.de/15.1.2016>)  
Soviel zum Dank des „Vaterlandes“.

Wie heißt es so schön: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen“! Von einer sauberen „Gesellschaft“ haben wir uns jahrzehntelang an der Nase herum und, wie zu befürchten ist, nah an den Untergang all dessen, was unsere Lebensart und Kultur war, heranführen lassen!

Ein Zeuge, der diese Entwicklung im Umfeld dieser „Gesellschaft“ erlebt hat, ist der Medientheoretiker und Professor an der TU Berlin Norbert Bolz. Er schrieb am 6.3.2006 im „Focus“: „Ich bin mit zwei Sätzen aufgewachsen bzw. sozialisiert worden: Es ist unverantwortlich, Kinder in die Welt zu setzen. Und: Nie wieder Deutschland. Ich habe linkes Bewußtsein nur wahrgenommen in dieser Engführung. Linkssein hieß, an dem Projekt der Abschaffung Deutschlands zu arbeiten. Und dieses Projekt ist tatsächlich sehr realistisch geworden.“

Der renommierte Bevölkerungsforscher Professor Herwig Birg schreibt in seinem Buch „Die alternde Republik und das Versagen der Politik“, S. 3: „Seit Jahrzehnten ignoriert die Bundesrepublik Deutschland die am genauesten prognostizierte Krise ihrer Geschichte. Früher sah man in der demographischen Entwicklung immerhin noch ein Problem, aber seit zehn Jahren hat sich das geändert, jetzt behauptet die Politik gebetsmühlenartig, die Bevölkerungsentwicklung sei überhaupt kein Problem, sondern eine „Chance“. Um mögliche Kritik seitens der Wissenschaft zu erschweren, wurde das 1980 (auf Initiative des nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau) gegründete Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld im Jahr 2004 wieder aufgelöst – zeitgleich mit meiner Emeritierung als Institutsleiter und Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft. Das Gleiche geschah mit den beiden anderen Lehrstühlen an der Universität Bamberg und an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität.“ (s. S. 2)

Im Nachwort, das Birg „Ausblick“ nennt, schreibt er sinngemäß: Das Clausewitz-Wort „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ müßte heute umgekehrt heißen: „Die Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“. Wenn alles Politik ist, wie es heute gesehen wird, dann muß man sehen, daß die Politik meistens nur schrecklich ist, weil sie auch im Frieden Krieg führt und dabei die von ihr geschaffenen schlimmen Verhältnisse zur Tarnung und Täuschung der Bevölkerung fälscht und beschönigt.“ Als Beispiel nennt er die deutsche „Familienpolitik“, die sogar von Verfassungsrichtern so ausgelegt wird, als ob der Schutz für Ehe und Familie nicht mehr im Grundgesetz stünde, und die die Interessen der Familien den Zielen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik unterordnet statt umgekehrt.

Zur Zeit meinen die fremdbestimmten Abwickler Deutschlands offenbar so gut wie am Ziele zu sein und bald das Halali über unser Volk blasen sowie ihren Auftraggebern Vollzug melden zu können.

Nach dem Grundgesetz, Artikel 65, soll die Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, die übrigens seit 2011 Inhaberin des „Coudenhove-Kalergi-Preises“ ist, die Richtlinien der Politik bestimmen. Wenn ihr Vorgänger Helmut Schmidt mit seiner Äußerung „Politiker, die Visionen haben, sollten zum Arzt gehen“ den Wortsinn „Zukunftsentwurf“ meinte, muß er sie für sehr gesund gehalten haben. Diesbezüglich hat man von Frau Merkel noch nie etwas gehört. Was sie bisher zur sogenannten „Flüchtlingsfrage“ von sich gegeben hat erschöpft sich in nichtssagenden, teilweise aber auch bezeichnenden Floskeln. Eine Auswahl: „Was wir in Deutschland nicht können, ist festzulegen wer kommt und wer kommt nicht.“ --- „Wir sind genau auf dem Weg, den ich mir für Deutschland wünsche.“ (TV-Interview lt. Berliner Zeitung, 14.11.2015) --- „Wer die Islamisierung Deutschlands nicht dulde sei einfach nur intolerant.“ (Die Welt, 10.9.2015) --- „Abschottung und Abriegelung im Zeitalter des Internets (kommen die Zuwanderer über das Internet?) sind eine Illusion.“ (Rede am 7.10.2015 vor dem EU-Parlament Straßburg) --- „Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge mit Anspruch auf Hilfe müssen schnell integriert werden, viele würden „Neubürger“ unseres Landes werden“. (Am 9.9.2015 vor dem Bundestag) --- „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin., Nun sind sie halt da.“ (Unions-Fraktionssitzung am 22.9.2015, getwittert von Hugo Müller-Vogg) --- Kaltschnäuziger geht es nicht!

Gegnern ihrer verantwortungslosen Politik, denen es um den Erhalt ihres Volkes, seiner Kultur und Heimat geht, wirft Gesetzesbrecherin Merkel vor, sie hätten Kälte und Haß im Herzen und nennt sie Fremdenfeinde, die die Grundrechte verraten. „Es kommt darauf an, denen nicht zu folgen, die mit Kälte und Haß in ihren Herzen ein Deutschsein allein für sich reklamieren und andere ausgrenzen wollen.“ (Neujahrsansprache 2016)

Wer hat eigentlich die „Altbürger“ gefragt ob sie diese Politik wollen? Niemand! Aber wir haben ja in unserem fremdbestimmten Land ohnehin nichts Wesentliches zu entscheiden!

Seit 2007 ist durch das Buch „Die Deutsche Karte“ des früheren Chefs des Militärischen Abschirm-Dienstes Gert-Helmut Komossa der Begriff „Kanzlerakte“ öffentlich geworden. Mit dieser werden seit Adenauer alle deutschen Kanzler gezwungen, gegenüber dem „Befreier“ USA Unterwerfungserklärungen zu unterzeichnen. Bestätigt hat dies der Vertraute von Kanzler Brandt, der seinerzeitige Staatssekretär Egon Bahr, in einem Interview mit der Zeitung „Die Zeit“ vom 14.5.2009. Bahr sprach von einem „Unterwerfungsbrief“, den Brandt zunächst nicht unterschreiben wollte, sich dann aber dem Zwange fügte.

Merkels Minister Schäuble bestätigte am 18.11.2011 vor dem Europäischen Bankenkongreß, daß Deutschland seit Mai 1945 keinen Tag souverän gewesen ist. Vor dem eigenen Volk wagte er dieses Eingeständnis bezeichnenderweise nicht.

Indirekt gab dies auch Kanzler Schröders Vize Joschka Fischer zu. Beide mußten noch vor ihrer Ernennung zum Rapport in Washington antreten. Fischer sagte: „Wenn Mehrheiten sich verändern mag es eine andere Koalition geben. Aber es wird keine andere Politik geben. Dazu steht zu viel auf dem Spiel. Das wissen alle Beteiligten.“

In der Pressekonferenz nach den Landtagswahlen vom 13.3.2016 machte die Kanzlerin eine bemerkenswerte Aussage: „Vom Grundsatz her werde ich das (die Flüchtlingspolitik) so weiter befolgen, wie ich das in den letzten Monaten getan habe.“ (Berliner Zeitung, 15.3.2016) --- Unabhängige Staatslenker verfolgen die von ihnen für richtig gehaltene Politik! Nur ein Lapsus linguae?

Merkels Vizekanzler, der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel**, steht seiner Chefin trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten in nichts nach: „Ich glaube, daß wir daran arbeiten müssen Menschen Mut zu machen, sich sozusagen auch diesen Teil der deutschen Gesellschaft zu erobern. Nur wenn die Muslime eine größere Stellung einnehmen und mehr öffentliche Bereiche beherrschen, so haben sie auch eine größere Chance, die Republik nach ihren Maßstäben zu gestalten. Deshalb müssen in Deutschland wesentlich mehr Muslime öffentliche Funktionen bekleiden. Nur so können die Fremden das Land zu ihren Gunsten umgestalten.“ („Was nun Herr Gabriel“, ZDF, 7.9.2015)

Nach DPA vom 3.9.2015 sagte Gabriel ferner: „Das Leben mit Muslimen bereichere nicht nur die deutsche Kultur, sondern auch die Menschen in Deutschland, und es sei das Bestreben der Bundesregierung, dies weiter mit aller Kraft voranzutreiben.“ Hierzu vermerkt der bereits erwähnte Professor Birg treffend: „Wer von kultureller Bereicherung spricht soll erklären. Wo sind die Galerien, die Orchester, die Chöre und Theater, die uns bereichern?“ Gegner seiner wahnwitzigen Politik nennt Gabriel eine terroristische Minderheit, die ein Zerrbild von Deutschland verbreitet (Berliner Zeitung, 27.8.2015) und beschimpft sie als Pack.

Innenminister **Thomas de Maiziere**, der gegenwärtig den Anschein erweckt als sei er nicht mit allem einverstanden was seine Kanzlerin sagt und tut, offenbarte anlässlich der 15. Migrationskonferenz als Ziel seines politischen Handelns: „Wenn wir fragen, welches Volk (nanu!) wollen wir sein, dann sage ich: Ein Volk in dem viele Lehrer, Richter, Polizisten, Staatsanwälte oder Abgeordnete einen Migrationshintergrund haben.“

Im Oktober 2014 sagte er: „Wir werden ein dauerhaftes Bleiberecht für abgelehnte (!) Asylbewerber schaffen und zwar per Gesetz. Mit dem Gesetz will ich ein Signal an die Flüchtlinge senden: Ihr gehört zu uns“. (Tagesspiegel, 13.10.2014)

Der einleitend bereits erwähnte Ministerpräsident **Stephan Weil** am Tag der Einheit 2014: „Das Motto ‚Vereint in Vielfalt‘ steht für die moderne Gesellschaft, ein besseres könnte es nicht geben. Aus zahllosen Ländern, aus allen Kontinenten sind Menschen in unser Land gekommen, und sie kommen wei-

terhin. Dieses Land ist auch ihre Heimat. Viele Flüchtlinge von heute sind unsere Nachbarn von morgen.“ (Tagesspiegel, 4.10.2014)

Bundespräsident **Joachim Gauck**, ein echter Bundespräsident, als den ihn der „Tagesspiegel“ am 9.2.2014 mit dem Hinweis darauf feierte, daß er in Indien mit den Worten „Wir haben Platz in Deutschland“ inständig für Zuwanderung warb, wußte am 25. Tag der Einheit in Anspielung auf Willy Brandts Wort von 1990 „Daß nun zusammenwachsen was zusammengehört“ zu sagen: „Heute muß zusammenwachsen, was bisher nicht zusammengehörte. Deutschlands Identität wird sich durch die vielen Menschen, die nun gekommen sind oder noch kommen, verändern – so wie es sich seit 1945 permanent verändert hat, erst durch die 14 Millionen Heimatvertriebenen (!), dann durch drei Millionen Deutschstämmige aus Osteuropa (!), durch Gastarbeiter, von denen drei Millionen dauerhaft blieben, durch Einwanderung russischer Juden.“ (Tagesspiegel, 4.10.2015)

Auf einem Symposium unter dem Titel „Wer ist Wir“ im Schloß Bellevue hatte er dem schon zuvor die Krone aufgesetzt: Deutschland stehe am Anfang eines Prozesses, in dem aus alter Mehrheitsgesellschaft und Einwanderern ein verändertes Land hervorgehen werde. „Irgendwann wird das gemeinsame Deutschein dann nicht nur die gemeinsame Staatsbürgerschaft meinen. Es wird vielmehr selbstverständlich sein, daß der oder die Deutsche auch schwarz, muslimisch oder asiatisch sein kann. (Berliner Zeitung, 10.7.2015) Man sieht, er kennt seinen Coudenhove-Kalergi und seinen Hooton!

Bereits 2012 forderte Gauck beim Besuch eines Asylheims in Brandenburg einen Mentalitätswechsel der Deutschen.

Diejenigen Deutschen, die niemand fragt und die das alles nicht wollen, die in ihrer Verzweiflung teilweise auch zu ungeeigneten Mitteln greifen, verleumdet er wie seine Kanzlerin und ihr Vize. „Es gibt ein helles Deutschland, das sich leuchtend darstellt gegenüber dem Dunkeldeutschland, das wir empfinden wenn wir von Attacken auf Asylbewerberunterkünfte hören.“ (Berliner Zeitung, 27.8.2015) Offenbar kennt er auch Nathan Kaufman.

Angesichts der hier nur unvollkommen dargestellten Pläne und Absichten sowie der sich daraus ergebenden Szenarien wächst quasi in letzter Stunde der Widerstand in unserem Volke. Die Erkenntnis, ein Leben lang falschen Propheten gefolgt zu sein, fällt vielen Menschen schwer. Sie ziehen erst langsam Konsequenzen daraus. Diese mehren sich und werden in Anbetracht dessen, daß die Herrschenden von ihren Vorhaben nicht lassen, weiter wachsen. Dafür werden auch die zunehmenden Ereignisse sorgen die zeigen, daß die „Willkommenskultur“ aus dem Ruder läuft, und deutlich wird, daß Merkels „Wir schaffen das“ eine leere Worthülse von vielen ist. Anfang Februar 2016 gab es 370 000 unerledigte Asylanträge, (Tagesspiegel, 5.2.2016) und das bei täglich tausenden neu eintreffenden „Zuwanderern“. Schon im Dezember 2015 fehlten lt. Berliner Zeitung 400 000 „Neuankömmlinge“ in der Asylstatistik.

Nun müssen die Verantwortlichen erkennen, daß sie ihr Vorhaben wohl doch zu früh und zu heftig in Szene gesetzt haben. Deshalb erleben wir jetzt das aufgeregte Werfen von Nebelkerzen, die die wahren Absichten verschleiern



sollen. Höchstgrenzen, „Hot-Spots“ zur Grenzkontrolle, Wiedereinführung der Residenzpflicht (erst vor einiger Zeit abgeschafft), Verzögerung des Familiennachzugs, zügige Abschiebungen, vor allem schnellere Abschiebung von kriminellen Ausländern, Verschärfung von Gesetzen und was die „Asylpakete“ sonst noch enthalten: Alles Beruhigungsspielen für das bis zu den Ereignissen des Sommers 2015 schafsgeduldige Volk.

Selbst der „Bayerische Löwe“ Horst Seehofer endet mal wieder als Bettvorleger, was bei den Granden seiner Partei nicht verwundert, indem er verkündet, einer Zuwanderungsbegrenzung auf 200 000 Personen jährlich zustimmen zu wollen. Etwas leiser sagt er, daß zu dieser Zahl noch eine „große Menge“ Zuwanderer komme, die entweder von der Freizügigkeit in der EU profitieren oder gezielt von Deutschland angeworben würden. Das seien dann noch einmal 500 000 Menschen! (Berliner Zeitung, 4.1.2016) Diese sollen zur Integration gezwungen werden! (Tagesspiegel, 29.12.2015)

Die Sozialdemokraten präsentierten sich in ihrem Leitantrag zur Flüchtlingspolitik als die Partei der Integration. Bei Vorstellung des Antrags sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin **Malu Dreyer**: „Wir können die Integration aber nur gut leisten, wenn die Flüchtlinge nicht mehr so schnell und nicht mehr in so großer Zahl zu uns kommen, sonst gefährden wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“. (Tagesspiegel, 11.12.2015)

Zu alledem meint der ehemalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein treffend: „Die rhetorische Härte soll den Bürgern den Eindruck vermitteln, daß die unbestreitbaren Mißstände schnell und konsequent abgestellt werden. Viele Bürger werden dies nicht glauben – und zwar mit vollem Recht nicht.“

Die mit den „Gastarbeitern“ zunächst zaghaft begonnene Überfremdung (es blieben drei Millionen dauerhaft) wurde damals wie heute, insbesondere nach der ersten großen Asylantenschwemme zu Anfang der 90er Jahre, mit wohlfeilen Sprüchen begleitet, die allein der Ablenkung, Verschleierung und Beruhigung dienten wie die Entwicklung seitdem zeigt:

Bundeskanzler **Ludwig Erhard** (CDU) in seiner Regierungserklärung vom 10.11.1965: „Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt an Grenzen.“

Bundeskanzler **Willy Brandt** (SPD) in seiner Regierungserklärung im Januar 1973: „Es ist notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.“

**Heinz Kühn** (SPD), Ausländerbeauftragter der Regierung, am 13.9.1980 in der „Neue Osnabrücker Zeitung“: „Wenn die Zahl der Ausländer, die als Min-

derheit in einer Nation leben, eine bestimmte Zahl überschreitet, gibt es überall in der Welt Strömungen des Fremdheitsgefühls und der Ablehnung, die sich dann bis zur Feindseligkeit steigern... Allzuviel Humanität ermordet die Humanität.“

Bundeskanzler **Helmut Schmidt** (SPD) auf einer DGB-Veranstaltung im November 1981: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.“

Derselbe am 5.2.1982 in der „Die Zeit“: „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze.“ Und am 12.9.1982 im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“: „Weder aus Frankreich noch aus England noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft.“

**Alfred Dregger** (CDU), von 1982 bis 1991 Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, auf der Ausländer-Tagung der CDU in Bonn am 21.10.1982: „Die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat darf nicht die Ausnahme, sondern muß die Regel sein. Es ist nicht unmoralisch zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.“

Bundeskanzler **Helmut Kohl**, der vor seiner Kanzlerschaft versprochen hatte, die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik zu halbieren, sie aber in seiner Regierungszeit von 4,5 auf 12 Millionen verdreifachte, wies lt. AP-Meldung vom 26.1.1983 erneut darauf hin, daß ein erheblicher Teil der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückkehren müsse.

Am 27.8.1986 sagte er vor der Bundespressekonferenz: „Der Zustrom der Wirtschaftsflüchtlinge hat Ausmaße angenommen, die zu einer erheblichen Belastung für die Bundesrepublik geworden sind und zu einer ganz erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung geführt haben. – Die Zahl der Asylanten steigt von Monat zu Monat. Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. – Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, denn die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden.“ (Dt. Stimme, 5/07)

Kohls Innenminister **Friedrich Zimmermann** (CSU) erklärte: „Deutschland war nie ein Einwanderungsland und kann auch keines werden. Die berechtigten Sorgen derjenigen deutschen Mitbürger sind ernst zu nehmen, die in dieser Situation befürchten, im eigenen Lebensbereich zur Minderheit zu werden und die sich als Opfer einer bisher wenig durchdachten und unberechenbaren Ausländerpolitik ansehen.“ (BMI-Mitteilungen, 28.1.1993)

Der Außenminister **Hans Dietrich Genscher** (FDP) sprach vor dem Bundestag: „Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können es nach unserer Größe und wegen unserer dichten Besiedlung nicht sein. Deshalb geht es darum ... zu einer Verminderung der Ausländerzahlen zu kommen.“ („Das Parlament“, 27.10.1984)

**Lothar Späth** (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1985: „Ein ausufernder Mißbrauch des Asylrechts wird sich unweigerlich zu einem kaum kalkulierbaren gesellschaftspolitischen Sprengsatz entwickeln. Ausländerfeindlichkeit riskiert, wer dieser Gefahr tatenlos zusieht und nicht derjenige, der ihr entschlossen vorzubeugen versucht.“ (Nation Europa, 11/1985)

Kanzler Schröders Innenminister **Otto Schily** (SPD): „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Einwanderung ist überschritten“. (Tagesspiegel, 15.11.1998)

Was soll man nach dieser gewiß unvollkommenen Auswahl von Äußerungen hoher politischer Entscheidungsträger anderes halten, als daß sie ihr Volk über ihre eigentlichen Absichten getäuscht, es schlicht und einfach belogen haben? Immerhin ist die Zahl der Einwohner unseres Landes mit „Migrationshintergrund“ seit der Ära Erhard von 1,1 Millionen (überwiegend „Gastarbeiter“) bis heute einschließlich der eingebürgerten auf 17 Millionen gestiegen. Dabei nicht mitgerechnet diejenigen, die sich der Registrierung entzogen haben und sich illegal im Lande befinden. Im Dezember 2015 waren dies, wie bereits erwähnt, allein 400 000 der im laufenden Jahr Angekommenen,.

Drei Aussagen von unabhängigen Geistern sollen diese Dokumentation beschließen. Zum einen die aktuelle des tschechischen Präsidenten Milosch Zeman:

„Dieses Land ist unser Land, es ist nicht für alle da und kann auch nicht für alle da sein. Manchmal komme ich mir vor wie Cassandra, die davor warnte, das Trojanische Pferd in die Stadt zu holen. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß das, womit wir es hier zu tun haben, keine spontane Fluchtbewegung ist, sondern eine organisierte Invasion.“

Zum anderen die Worte des links-grünen österreichischen Schriftstellers und Journalisten Dr.Dr. Günter Nennung:

„Es gibt ein Menschenrecht auf Freizügigkeit. Aber ein Menschenrecht, bei sich daheim zu sein, sein eigenartiges Leben zu leben und zu pflegen, das gibt es auch. Nur wer von sich selbst etwas hält achtet auch die anderen Menschen. Gegen Fremdenhaß kann man nur sein, wenn man außer den Fremden auch die eigenen Leute liebt.“

Abschließend die Feststellung des Staatsrechtlers und ehemaligen West-Berliner Staatssekretärs (Berater von Bürgermeister Willy Brandt) Dr. Otto Uhlitz in seinem Buch „Aspekte der Souveränität“, erschienen 1987 in Kiel:

„Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine

multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.“

Dies mag Dr. Uhlitz damals eventuell noch zu Recht angenommen haben. Heute erleben wir, daß die Gerichte der laut Minister Schäuble nicht souveränen Bundesrepublik tatenlos bleiben. Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin wegen Verdachts des Hochverrats wurden im Oktober/November 2015 innerhalb kurzer Frist vom Generalbundesanwalt zurückgewiesen. Nach „eingehender“ Prüfung hätten sich Anhaltspunkte für eine Straftat nicht ergeben. Das ignoriert die Tatsache, daß die unkontrollierte Flutung unseres Landes durch kultur- und volksfremde Menschen aus aller Welt, sowie die offen bekundete Absicht, diese Menschen zu integrieren und damit zu Staatsbürgern zu machen, einen Anschlag auf den Souverän darstellt. Der Souverän ist nach Artikel 20 Grundgesetz das deutsche Volk, von dem nach Absatz 2 alle Staatsgewalt ausgehen soll. Zumindest die ebenfalls strafbewehrte Vorbereitung des Hochverrats ist damit offensichtlich.

Der Staatsrechtler und Rechtstheoretiker Carl Schmitt lehrt in seinem Werk „Politische Theologie“: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Im Ausnahmezustand schafft der Souverän Ordnung.“

Da Abhilfe durch die dazu berufenen staatlichen Verantwortungsträger und Gerichte offensichtlich nicht durchgesetzt werden wird, ist laut Grundgesetz Artikel 20, Absatz 4 nunmehr der Souverän berufen und berechtigt:

**„Gegen jeden, der es unternimmt, diese (staatliche) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“**

Der Staatsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider hierzu aus seinem Buch „Freiheitliche Aspekte der Demokratie“: „Diese Umwandlung (unseres Volkes) wird oktroyiert. Die meisten dürften dagegen sein. Wir haben als Bürger die Verantwortung für das Schicksal des Volkes. Es gibt auch **Schuld durch Unterlassen**, das ist ein allgemeines strafrechtliches Prinzip. Gegenwärtig ist es vergleichsweise leicht zu handeln. Es gibt die Verpflichtung des Bürgers, seine bürgerliche Verfassung zu verteidigen, die **Widerstandspflicht**. Wenn wir diese Verpflichtung nicht erfüllen, alle, zusammen, sind wir gegenüber den nachfolgenden Generationen für das Unglück verantwortlich. Wir machen uns schuldig.“

In leichter Abwandlung daher nun das Wort des Tiroler Freiheitshelden Andreas Hofer:

**Leute, es ist Zeit!**

## **Weiterführende Literatur:**

**Herwig Birg „Die alternde Republik und das Versagen der Politik“, eine demographische Prognose. LIT Verlag, Fresnostraße 2, 48159 Münster, 2014. ISBN: 978-3-643-12827-0.**

**Bernhard Radtke „Das deutsche Drama“, von den Gastarbeitern bis zur Völkerwanderung aus Afrika. BONUS-Verlag, Postfach 10, 24236 Selent, 2016. ISBN: 978-3-88741-293-7.**

**Jean Raspail „Das Heerlager der Heiligen“, Roman (Eine Armada mit einer Million hungernder Asiaten auf kaum seetüchtigen Kähnen landet in Südfrankreich. Anstatt den Ansturm abzuwehren nehmen die Europäer die Invasoren mit offenen Armen auf. Ein seherisches Werk!) Französische Erstauflage 1973! 2. Deutsche Auflage Verlag Antaios, Schnellroda 2015. ISBN: 978-3-944422-12-1.**

---

---

# **KOMMENTARE**

---

---

## **ZUM ZEITGESCHEHEN**

---

---

**ACHTUNG! Alle AFP-INFORMATIONSHEFTE  
(auch die vergriffenen) finden Sie im  
Internet unter <http://volksherrschaft.info>**

---

---

### **ALLE ZUSCHRIFTEN ERBITTEN WIR AN: A-1171 WIEN, POSTFACH 543**

**KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN** – Herausgeber: AFP, – Medieninhaber: Ingrid Kraßnig. – Schriftleitung: Herminio Redondo. Alle: 9020 Klagenfurt, Berth. Schwarzstraße 33. – Hersteller: Probst-Print, A-2483 Ebreichsdorf. – Die **KOMMENTARE** sind kein Geschäftsunternehmen, sondern ein Beitrag zur freien Meinungsbildung. Sie stehen keiner Systempartei nahe und sind froh darüber. Sie erhalten daher auch keinen Cent irgendwelcher Unterstützung und haben auch noch nie darum gebeten. So vertreten sie daher auch keine fremde, sondern nur ihre eigene Meinung und die ihrer Leser. Die **KOMMENTARE** kämpfen für die Verwirklichung der Demokratie und sind daher systemkritisch. – Die **KOMMENTARE** suchen die Wahrheit und sind daher politisch un-correct. – Bezugspreis für ein Jahr inkl. Porto € 15.– - **Postscheckkonto Ingrid Kraßnig AT66600000075505994.** – Höhere Gewalt entbindet von Lieferpflicht. – Lieferungen in andere Staaten werden von Wien aus erledigt. Jahresbezugspreis Ausland € 20.– - Für die Überweisung aus dem Ausland vermerken Sie bitte folgende Nummern: **BIC: OPSKATWW, IBAN : AT66600000075505994, Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>**

---

**ALLE ZUSCHRIFTEN ERBITTEN WIR AN: A-1171 WIEN, POSTFACH 543**

---